

Wer „Inklusion“ sagt, sagt auch „Offene Gesellschaft“

Von Wolf Clüver

Ganz normal Inklusion

Wir wollen Vielfalt, denn Inklusion bedeutet Frieden und Gerechtigkeit unter den Vielen, den Verschiedenen. „Inklusion ist die Kunst des Zusammenlebens von sehr Verschiedenen“, haben wir gesagt (EKiR, S. 8). Die Kunst liegt darin, die Verschiedenheiten nicht hilflos zu leugnen, sondern sie als Ressourcen für das Ganze zu begreifen. Das fordert einerseits dazu heraus, die Verschiedenheiten zu erkennen, und zwar sowohl mit ihren für die Gesellschaft förderlichen Aspekten als auch mit den Schwierigkeiten, die sie bedeuten. Es fordert andererseits, die Verschiedenheiten der Menschen als gleichwertig und gleichberechtigt anzuerkennen. Inklusion zielt auf wertschätzende Ressourcenorientierung und bedingungslosen Nachteilsausgleich.

Wir wollen auch die scheinbar selbstverständliche Unterscheidung zwischen den „Normalen“ und den „Anderen“ hinterfragen. Was normal ist, wird wesentlich von Gefühlen bestimmt, die auf den eigenen Erfahrungen und Gewohnheiten beruhen. Als normal empfinden Menschen zunächst die eigene, bekannte Gruppe. „Andere“ sind kein Problem, solange man ihnen nur selten begegnet. Milieu, Herkunft, Sprache, Kultur oder auch Grad der Behinderung – dies sind Beispiele für Kategorien, die dabei eine Rolle spielen. Solange ich in meinem Milieu etc. bleibe, ist alles „normal“. Es kann nicht sein, dass um der politischen Korrektheit willen solche Empfindungen geleugnet werden. Aber diese Gefühle dürfen nicht als Argumente missverstanden werden, nach denen die als „anders“ Empfundene nicht die selben Pflichten und Rechte haben.

Weite Begriffe

Inklusion ist spätestens seit der Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention, UN-BRK) im Jahr 2009 deutsches Staatsziel. Inklusion versucht, einen erweiterten Normalitätsbegriff zu etablieren. Normal ist, was es gibt, auch wenn es nur in geringer Zahl vorkommt. Normal ist, dass es auch Außergewöhnliche gibt. Anders Integration: Sie versucht, die Außergewöhnlichen an den Durchschnitt anzupassen. Der Durchschnitt bestimmt das Maß, er bestimmt, was „normal“ ist. Inklusion dagegen versagt dem Durchschnitt das Recht, dieses Maß vorzugeben. Nicht die Einzelnen müssen sich ändern, um dazuzugehören, sondern die Gesellschaft muss sich ändern, damit alle ihr Teil sein können.

Der Inklusionsbegriff stammt ursprünglich aus der Behindertenselbsthilfe. In der evangelischen Kirche haben wir ihn erweitert auf die Frage: Was müssen wir tun, damit sehr verschiedene Menschen zusammen Kirche sein können? Von Anfang an waren dabei viele Verschiedenheiten im Blick: Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, mit verschiedenen kulturellen Prägungen, verschiedenen Religionen und Weltanschauungen, unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen, wirtschaftlichen Ressourcen, Sprachkompetenzen, verschiedenen Geschlechtern, Geschlechtsrollen und sexuellen Orientierungen sowie in unterschiedlichen Lebensformen – und Menschen mit und ohne Behinderung.

Inklusion und Offene Gesellschaft

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat 2014 in ihrer Orientierungshilfe zur Inklusion festgestellt, dass der Begriff einen „gesellschaftlichen Entwicklungsprozess“ beschreibt: „Ziel ist die volle, selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen [...] in einer in jeder Hinsicht barrierefreien, offenen und demokratischen Gesellschaft [...]“ (EKD, S. 27)

365 Tage vor der Bundestagswahl 2017 haben Prominente um den Sozialpsychologen Harald Welzer, unterstützt unter anderem von der Diakonie Deutschland, die Gründung einer „Initiative Offene Gesellschaft“ bekanntgegeben (www.die-offene-gesellschaft.de). Sie reagiert auf das mediale Echo, das ein knappes Fünftel der bundesdeutschen Bevölkerung hervorrufen konnte durch fremden- und politikfeindliche Parolen, seit der Gründung von Vereinigungen wie „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ oder „Alternative für Deutschland“. Die „Initiative Offene Gesellschaft“ soll der „schweigenden Mehrheit“ öffentliches Gehör verschaffen, die nicht der Ansicht ist, dass Deutschland sich „völkisch“ definieren und neo-nationalistisch abschotten sollte.

Der Begriff „offene Gesellschaft“ stammt von dem österreichisch-britischen Philosophen Karl Popper (1902 - 1994). Es ist ein Gegenentwurf zu totalitären Gesellschaftssystemen. Solche geschlossenen Gesellschaften zwingen alle ihre Glieder zu einem verbindlichen Heilsplan. „In Offenen Gesellschaften ist im Gegensatz zu ideologisch festgelegten, geschlossenen Gesellschaften [...] ein intellektueller Meinungs austausch gestattet, der auch kulturelle Veränderungen ermöglicht.“ (de.wikipedia.org, Artikel „Offene Gesellschaft“) Grenzziehung durch Nationalstaaten betrachtet Karl Popper als „momentanes Übel“, das darauf zielt, alle ausreichend zu versorgen und eine Gesellschaftsstruktur ohne Elitenherrschaft zu ermöglichen. In einer Demokratie ist es nach Popper möglich, die Machthaber gewaltlos auszuwechseln. „Dies, und nicht etwa die Behauptung, dass die Mehrheit recht habe, sei der größte Vorzug der Demokratie.“ (ebd.)

Globale Inklusion – Gleichheit und Gerechtigkeit

Die Welt braucht eine nicht nur wirtschaftlich offene Gesellschaft, in der es für jeden Menschen selbstverständlich ist, seinen Wohn- und Arbeitsort frei zu wählen. Und zwar global, nicht nur z. B. innerhalb eines Staates, der Europäischen Union oder innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika. Eine Voraussetzung ist dafür allerdings nötig: ein einigermaßen gleicher Wohlstand für alle. Die aktuelle Tendenz zu noch mehr Ungleichheit – global zwischen Nationen und national zwischen Gesellschaftsschichten – ist der Hauptgrund für die Zunahme der weltweiten Fluchtbewegungen.

Die Parolen, gegen die sich die „Initiative Offene Gesellschaft“ wendet, setzen voraus, dass Begriffe wie „Volkszugehörigkeit“ oder „Deutschsein“ alles ausschließen, was als neu hinzugekommen oder fremd empfunden wird. Empfindungen, die weite Teile der Bevölkerung auch gegenüber Menschen mit Behinderung haben.

Auf Fremdheitsgefühle mit einfachen, vermeintlichen „Lösungen“ zu reagieren, ist der gemeinsame Nenner von Rechtspopulismus im Blick auf Zugewanderte und Segregationskultur im Blick auf Menschen mit Behinderung.

Geflohene und Einheimische

Darum ist es an der Zeit, den erweiterten Inklusionsbegriff betont auf das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten zu beziehen. Inklusion stellt die Frage, wie unterschiedliche

Menschen eine gemeinsame Gesellschaft gestalten können: Menschen, die Sicherheit gewohnt sind, und Menschen, die in existenzbedrohlichen Situationen traumatisiert wurden. Menschen, die etwas besitzen, und Menschen, die alles aufgeben mussten. Solche, die verstehen und sich verständlich machen können, und solche, die das (noch) nicht können. Keine der jeweiligen Gruppen ist „besser“ oder „schlechter“ als die andere. Alle haben die gleiche Fähigkeit zu Gutem wie zu Bösem.

Kein Mensch ist nur Geber, keiner nur Empfänger. Jeder Mensch repräsentiert Ressourcen und ist gleichzeitig darauf angewiesen, dass ihm andere erlauben, ihre Ressourcen zu nutzen. Ob die Ressourcen von Geflohenen gesellschaftlich zur Geltung kommen, hängt von ihnen selbst, aber auch von den Einheimischen ab, die es ihnen erlauben müssen. Menschen in provisorischen Unterkünften als Teil einer Masse zu betrachten und monatelang zur Untätigkeit zu zwingen, belastet die Betroffenen und schadet der Gesellschaft.

Ungerechtigkeit und Hoffnung

Menschen fliehen, weil ihre Heimatländer vom Welthandel ferngehalten werden oder im Krieg um Rohstoffe untergehen. Was die hoch entwickelten Staaten dieser Welt zu bekämpfen versuchen – Krieg, Terrorismus und Fluchtbewegungen –, sind Symptome der Ungerechtigkeit.

Während Medien eine „Flüchtlingskrise“ thematisieren und Kriminelle aus Angst, Verblendung oder Bosheit Moscheen und Menschen beschädigen, gibt es in den städtischen und dörflichen Gemeinwesen unzählige Freiwillige, die einfach anpacken. Viele von ihnen gehören zu Kirchengemeinden und begründen ihr Engagement bewusst mit dem Hinweis auf die christliche Nächstenliebe. Sie interessiert kein abstraktes Flüchtlingsproblem. Sie interessiert, wie es den einzelnen Geflohenen geht und was sie brauchen, um in dieser Gesellschaft anzukommen.

Weil die Lösung der Probleme, die zu massenhafter Flucht führen, länger dauern wird als eine Generation, müssen die freiwilligen Helfer annehmen, dass die neuen Menschen in Deutschland bleiben werden. Gegen die Gewalt und die Ungerechtigkeiten in der Ferne, die so viele in die Flucht getrieben haben, mögen die Helfer machtlos sein, aber hier können sie den Entronnenen zu Mitmenschen werden. Gegen die Ungerechtigkeit der Welt setzen sie die Hoffnung der Tat.

Fremdsein und Gerechtigkeit

„Entronnene“ nennt die Bibel Menschen, die eine Katastrophe überlebt haben. (Ebach) Sie sind die einzigen, die von der Katastrophe berichten können. Durch sie erfährt der Rest der Welt von dem schrecklichen Geschehen.

Flüchtlinge sind Informationsquellen, sie haben eine Botschaft. Die aufnehmende Bevölkerung hat die Aufgabe, ihre Botschaft zu hören und an die Katastrophe zu erinnern. Denn die Entronnenen sind eine dramatische Variante des Memento-Mori: Durch sie werden alle Menschen erinnert, dass sie sterblich sind, dass Leben-Können nicht selbstverständlich ist.

Israel wird geboten, sich der eigenen Fremdlingschaft zu erinnern: positiv, indem sie dankbar ebenso rettend mit Fremden im eigenen Land umgehen, negativ, indem sie den Fremden das Leid ersparen, das sie einst selbst erlitten.

Das Volk Israel, die Teilnehmer des Exodus, waren selber Geflohene: *nach* Ägypten, um dem Hunger, *aus* Ägypten, um der Unterdrückung zu entgehen. So kommen sie ins gelobte Land, und das haben sie mit allen „Einheimischen“ dieser Welt gemein: Sie waren nicht immer schon da.

Es ist absurd, zwischen Alteingesessenen und Zugewanderten zu unterscheiden (Ebach). Niemand ist ausschließlich einheimisch. Alle haben Vorfahren, die irgendwann eingewandert sind, manche erst vor kurzem. Es gibt keinen Grund für die Apartheid des „Wir-und-die-Anderen“.

In der Bibel sind die durch Flucht Zugewanderten Fremde unter Volksgenossen. Die Gebote im Ersten Testament, die die „Fremdlinge“ schützen, unterscheiden auch nicht nach Fluchtgründen. Die Fremden sind den Volksangehörigen rechtlich ausdrücklich gleichgestellt. Und dieses Recht setzt in Israel Gott selbst. Christinnen und Christen stehen in dieser Tradition, denn ihr Gott ist der Gott Israels.

Und eben dies ist Inklusion: der Verzicht auf die Definition durch Unterscheidung, stattdessen die Unterscheidung im Interesse des Ausgleichs. Ein anderes Wort für Ausgleich zwischen den Verschiedenen ist „Gerechtigkeit“.

Inklusion im irdischen Zelt

Religiöse Menschen kennen das Gefühl, fremd zu sein. Sie leben immer in der Fremde, denn das Ziel ihrer Sehnsucht ist noch nicht erreicht. Und sie wissen: Aus eigener Kraft kann der Mensch es nicht erreichen. Glauben heißt nicht machen, sondern vertrauen. Das schließt die Anerkennung ein, dass der Mensch angewiesen bleibt auf das, was „aus dem Himmel kommt“.

Die Bibel spricht von einem „Bürgerrecht in den Himmeln“ (Phil 3, 20). Der Hauptwohnsitz der Christinnen und Christen ist bei Gott, hier im irdischen Leben haben sie nur vorübergehenden Aufenthalt. Christsein ist wie Zelten: Wir haben uns auf „unserem“ Platz eingerichtet, aber dieser Platz ist nur provisorisch. Unser bleibendes Zuhause ist woanders.

Christinnen und Christen haben das Zeug, den Geflohenen ihre Identität zurückzugeben, indem sie die einzelnen Menschen als Ihresgleichen achten und sich mit ihnen im Provisorischen solidarisieren. Alle Menschen leben im Provisorium. Gut, wenn sie es gemeinsam gestalten. Die Ansicht, dass Fremdsein auch dadurch zu dokumentieren sei, dass für die sogenannten Fremden nicht die gleichen Rechte gelten wie für die sogenannten Einheimischen, ist unchristlich. „Die Arbeit an der Gerechtigkeit ist nicht nur eine politische Aufgabe, sondern die biblisch begründete Praxis des Glaubens.“ (Ebach, S. 53)

Quellen

Jürgen Ebach, Biblische Perspektiven auf Flüchtlinge und Fremde, in: Junge Kirche 3/2016, S. 47-53)

EKD (Hg.), Es ist normal, verschieden zu sein. Inklusion leben in Kirche und Gesellschaft. Eine Orientierungshilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), hg. v. Kirchenamt der EKD, Gütersloh 2014.

EKiR (Hg.), Da kann ja jede(r) kommen. Inklusion und kirchliche Praxis, Orientierungshilfe der Evangelischen Kirche im Rheinland, hg. v. Abteilung IV Bildung des Landeskirchenamtes und Pädagogisch-Theologisches Institut, Düsseldorf/Bonn 2013

Karl Popper, The Open Society and Its Enemies, London 1945

UN-Behindertenrechtskonvention, hg. v. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn, Stand: Januar 2010

de.wikipedia.org/wiki/Karl_Popper, 13.10.2016

de.wikipedia.org/wiki/Offene_Gesellschaft, 13.10.2016

www.die-offene-gesellschaft.de